

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

No. 72.

Donnerstag, den 22. Juni

1882.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die Kleinsp. Seite 10 Pf.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl. Bringerlohn) in der Expedition, bei unsern Postämtern, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Die Botschafterconferenz wegen Egypten.

Daß durch das enge Zusammengehen Deutschlands und Oesterreichs ein fester Kernpunkt für den europäischen Frieden geschaffen worden ist, zeigt sich bei jedem Anlaß. Abenteuerliche Politik, wie sie in Frankreich unter Gambetta begonnen, dilettantenhaftes Auftreten, wie England unter Gladstones Führung bei vielen internationalen Fragen zeigt, und das kulturfeindliche Säbelgerassel Russlands — nichts stört in Wirklichkeit die Ruhe und die „guten Beziehungen“ der Mächte untereinander, denn Central-Europa — Deutschland und Oesterreich — ist in dem Bestreben einig, das ganze schwere Gewicht seines politischen Einflusses zu Gunsten des Friedens in die Waagschale zu legen.

Die Westmächte arbeiten sich damit ab, Egypten in Ruhe und Raison zurückzuversetzen; das einfachste Mittel dazu, ihre Hände ganz von dem Pharaonenlande wegzuziehen, verschmähen sie und geben als Grund an, daß sie an Egypten zu lebhaft interessiert seien, daß zu viele Kapitalien ihrer Staatsangehörigen in jenem Lande stecken. Sie verschweigen, daß ihr Interesse noch etwas weiter geht, daß Frankreich auf England und England auf Frankreich wegen des wechselseitigen Einflusses auf Egypten eifersüchtig sind, daß sie, die ausgesprochenen Feinde im „besten Einverständnis“ die ägyptische Frage behandeln, im Grunde genommen eben dieser Frage wegen Todfeinde sind.

Nachdem sie nun alle Mittel erschöpft haben, um sich gegenseitig zu überlisten, nachdem sie dadurch beide um ein gut Theil ihres bereits gehaltenen Einflusses in Egypten gekommen sind, — nachdem die Ägypter angeht die englisch-französischen Flotte und unbekümmert um dieselbe ein Blutbad unter den Europäern in Kairo angerichtet hatten — greifen die rathlosen Westmächte ihre ältere Idee wieder auf, die ägyptische Frage durch eine Botschafterconferenz regeln zu lassen, wie dies bezüglich der türkisch-griechischen Grenzstreitigkeit der Fall war.

Die deutsche Reichsregierung kann dazu nicht Nein sagen, wenn sie sich nicht dem Hass der Westmächte aussetzen will; sie hat aber auch nicht freundlichen Herzens Ja gesagt. Egypten ist das einzige Land an der Nordküste Afrikas, das die Franzosen und Engländer noch nicht vollständig in der „Mache“ haben. Die Conferenz soll aber doch offenbar nach Absicht der Westmächte dazu beitragen, diesen Zweck zu erreichen. Nun hat aber Deutschland auch ein Interesse an dem schwarzen Erdtheil und seinen kolossalen Naturerschätzen. Wie viel Mittel verwendet nicht Deutschland für die Erforschung und Erschließung Afrikas! Und sollen denn bloß immer die Engländer und Franzosen die Handelsvorteile dieser Forschungsreisen genießen? Soll denn Deutschland ruhig zusehen, wie auch der einzige freie Zugang, den Europa in Nordafrika noch hat, ebenfalls den Franzosen und Engländern ausgeliefert werde? Das kann man Deutschland nicht gut zumuthen und daraus erklärt sich auch das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der Pforte; Deutschland unterstützt die türkische Oberhoheit in Egypten.

Die Botschafterconferenz soll am Donnerstag (22.) in Konstantinopel zusammentreten; ob die Pforte daran theilnimmt, ist sehr zweifelhaft. Soviel aber darf als sicher betrachtet werden, daß die Conferenz den Ansprüchen Frankreichs und Englands nicht genügen wird. Deutschland und Oesterreich stehen zusammen; Italien wird sich ihnen anschließen, theils aus Eifersucht gegen Frankreich theils als Revanche für Tunis. Auch Russland würde nicht ungern sehen, wenn der Schwerpunkt der Türkei aus Europa herausverlegt wird.

Die Botschafterconferenz wird daher sowohl die deutschen und österreichischen Interessen wahren, als auch die anmaßliche Politik der Westmächte in die gebührenden Schranken zurückweisen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung in erster und zweiter Lesung mit starker

Majorität den Antrag der elsass-lothringischen Abgeordneten angenommen, welcher die Zulassung der französischen Sprache als Verhandlungssprache für den reichsländischen Landesausschuß ausspricht. Dieser Beschluß dürfte in Regierungskreisen um so unangenehmer empfunden werden, als das Sprachengesetz, welches für die Sitzungen des Landesausschusses die deutsche Sprache als die allein zulässige erklärt, in der vorigen Session den Beifall der großen Mehrheit des Reichstages fand, unter Andern auch von dem Abgeordneten Kessler, der als geborener Elsässer gewiß zu einem Urtheil berufen war, warm befürwortet wurde. Daß sich Opportunitätsgründe für die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes ausfindig machen ließen, kann gewiß nicht in Abrede gestellt werden. Dagegen wird geltend gemacht, daß die Bevölkerung in Elsass-Lothringen in dem Verhalten des Reichstages eine schwächliche Conivenz erblicke; daß ein Kulturvolk, wie das deutsche, von den winzigen Volkspolitern anderer Nationalitäten, die in seinen Grenzen sitzen, die Erlernung der herrschenden Landessprache verlangen könne; daß der Eindruck im Auslande ein übler sein müsse, wenn anerkannt würde, daß die französische Sprache sei aus dem Elsass nicht zu verdrängen; daß endlich die Polen und Dänen aus dem jüngsten Votum den Anspruch entnehmen könnten, mit gleichem Maße gemessen zu werden und von den Fesseln des preussischen Sprachengesetzes befreit zu werden. Mögen diese Auffassungen auch pessimistische sein, so liegt doch jedenfalls ihre Bedeutung darin, daß sie thatsächlich gehegt werden, und zwar an namhaften Stellen. Praktischen Werth hätte übrigens der Reichstags-Beschluß auch dann nicht gehabt, wenn der Antrag noch zur dritten Lesung gekommen wäre. Denn der Bundesrath würde ihn in keinem Falle angenommen haben. Es kommt nun darauf an, wie das Sprachengesetz, welches mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt, functioniren wird.

— Wie die „Trib.“ aus „zuverlässiger Quelle“ meldet, ist der kaiserlichen Werft in Kiel seitens der Admiralität die Weisung zugegangen, die Verichtung der dort in der Reserve befindlichen Panzerkorvette „Hansa“ (8 Geschütze, 3160 Tons Displacement, 3000 indic. Pferdekraft, 375 Mann Besatzung) insoweit zu beschleunigen, daß das Schiff behufs eventueller Indienststellung bereits zum 1. Juli d. J. klar gemacht sein kann. Auf der Kieler, sowohl wie auf der Wilhelmshavener Kriegswerft wird übrigens augenblicklich auch in anderer Weise auf das Angestrigteste gearbeitet, um das dort befindliche Flottenmaterial binnen thunlichst kurzer Zeit fertigzustellen. In Marinereisen versucht man, diese erhöhte Thätigkeit aus einem Wunsche unserer Reichsregierung herzuleiten, in Anbetracht der ägyptischen Verwicklungen auf alle etwa eintretende Eventualitäten möglichst vorbereitet zu sein.

— Die Hoffnung, daß die Kieler Meldung ein Mitglied der deutschen Kriegsmarine habe an Russland um einen hohen Preis diejenigen Actenstücke verkauft, aus denen hervorgeht, wo und in welcher Weise unsere Küsten durch Torpedos und andere Vorrichtungen geschützt seien, dementirt werden würde, hat sich bedauerlicherweise nicht bestätigt. Im Gegentheil erfährt man jetzt, daß der betreffende Verbrecher seit Wochen in Berlin in Untersuchungshaft sich befindet und bereits Geständnisse gemacht hat. Der Name des Landesverräthers ist Leopold Meiling. Meiling war im Jahre 1865 in die Marine eingetreten, im Jahre 1877 Obersteuermann geworden und dann an die kaiserliche Admiralität commandirt. Meiling ist der russischen Sprache mächtig und hat sich diese Kenntniß in Petersburg erworben, wohin er zu diesem Zwecke entsandt worden sein soll. Was die Summe betrifft, welche Meiling von den Russen erhalten, so variiert die Angabe von 100,000 Mark auf 150,000 Rubel und noch darüber. Daß man dem Verrath auf die Spur gekommen, ist der von Meiling getriebenen Verschwendung zuzuschreiben, welche außer jedem Verhältnis zu seinen bekannten Bezügen stand. Die Angelegenheit ist jedenfalls auf das Tiefste zu beklagen, aber nicht sowohl wegen ihrer sachlichen Tragweite, — denn schließlich sind Fortifi-

cationen keine Geheimnisse, und eine Fortification hört deswegen nicht auf wirksam zu sein, weil man von ihrem Vorhandensein Kenntniß hat, — als vielmehr wegen ihrer moralischen Bedeutung. Unser Militär und unsere Marine genießen seit je den Ruf unbedingter Integrität, und wenn auch ein vereinzelter Fall diesen Ruf nicht zu zerstören vermag, so können wir doch auch die Ausnahme nur mit tiefstem Bedauern constatiren. Daß Russland von dem Meiling'schen Verrathe einen Gewinn habe, der entfernt in einem raisonnablen Verhältnis stünde zu dem deswegen gemachten pecuniären Aufwande, ist entschieden zu bezweifeln, und Mittheilungen, welche diebzüglich aus sachmännischen Kreisen laut werden, bestärken diese Auffassung. Noch weniger kann davon die Rede sein, daß der Nutzen, welchen Russland aus dem Verrathe gezogen, groß genug wäre, um die moralische Einbuße aufzuwiegen, welche es durch die Entdeckung des Verraths erlitten. Zwar sind die internationalen Gewohnheiten noch derart, daß Dinge, welche den Einzelnen bürgerlich unmöglich machen würden, wollte er sie auf eigene Faust unternehmen, als wohlstandständig gelten, wenn sie von Staatswegen unternommen werden. Aber doch macht sich allmählich eine Auffassung dahin geltend, daß auch für eine Regierung schändlich sei, was man bei einem Einzelnen für ehrlos betrachtet. Was nun speciell Russland angeht, so hat es jederzeit den leidigen Vorzug gehabt, die meisten Aufwendungen für Befestigungszwecke zu machen. Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß von ersichtlich autorisierter Seite durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau die Kunde verbreitet wird, daß die Größe des Verraths nach seiner Richtung die Bedeutung hat, welche demselben beige-

— Der preussische Finanzminister Bitter hat infolge eines von zuständiger Seite an ihn gerichteten Schreibens, in welchem Beschwerde darüber geführt wird, daß er in seiner Stellung als Finanzminister bei den langen Beratungen des Reichstages über das Tabakmonopol nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen habe, um die Stellung der Regierung zu vertheidigen, beim Kaiser sein Entlassungsgesuch eingereicht.

— Frankreich. Mehrere Pariser Zeitungen bringen lange Artikel, in welchen sie dem bisherigen österreichischen Botschafter in Paris hohes Lob spenden. Sie feiern alle in dem Grafen Beust „den langjährigen Gegner Bismarck's“. Bezeichnend ist die Sprache des „Monde“, des Organs der Pariser Nunciatur. „Graf v. Beust“, schreibt dieses Blatt, „ist in der Geschichte der furchtbarste Gegner Bismarck's, dem man in den deutschen Landen begegnet ist. Dies ist sein Ruhm! 1871 wollte er mit Hilfe einer Vermittlung Europas das unheilvolle Loos, von welchem wir bedroht waren, verhindern, aber England und Italien gestatteten es nicht und die Teutonen zogen in die Stadt der heiligen Genoveva ein. Darin liegt seine Ehre, das ist sein Anspruch auf die Dankbarkeit aller guten Franzosen!“

— Italien. Ueber die Patheinstelle, welche König Humbert von Italien und in seiner Stellvertretung der Herzog von Aosta bei dem jüngsten preussischen Prinzen übernommen hat, äußert sich die römische „Unita cattolica“ mit folgender Betrachtung, welche an Unverschämtheit wohl ihres Gleichen sucht: „Kaiser Wilhelm habe mit großer Ueberlegung gehandelt, indem er den König Humbert zu Gewatter gebeten. Er habe bei dieser Gelegenheit der italienischen Regierung einen ersten Fingerzeig über die drohenden Gefahren geben wollen. Dem Kaiser liege heute das Schicksal Roms am Herzen und sicherlich habe er dem Prinzen Amadeo weise Rathschläge für seinen Bruder, den König Humbert, mit auf die Heimreise gegeben, Rathschläge über sein Verhältnis zum Papste. Ohne Zweifel werde er auch auf die bei der Garibaldifeyer so hoch gestiegene Revolutionsfluth hingewiesen haben. Offenbar habe nur die Besorgniß um das italienische Königshaus den Kaiser, jedem Fortkommen zuwider, veranlaßt, einen Katholiken als Taufzeugen zu bitten. Es sei übrigens das erste Mal, daß ein sardischer Fürst ein lutherisches Kind

Postfach

el.

id.

kehr.

et in

reuzen;

wahl;

chten;

ir das

ht ent-

ftung.

af dem

es Ver-

I.

itung.

litz

Arbeiten

ünftlicher

er unter

billiger

stod.

eder des

rs.

stellung:

OS,

no.

undo von

Strauß:

ngen von

uf:

shud.

Langer.

ngen von

borgte

en hin-

wein.

bel-

d. J.,

der Re-

e Eiben-

Saus-

ur Gü-

Stühle,

gegen

1882.

cher,

erste

hender

Binde-

ze,

Eibenstock.